

**Korrektur zur Amtlichen Bekanntmachung/ Wahlbekanntmachung
– Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen –
zur Durchführung der Kommunalwahlen am 9. Juni 2024
im Amt Am Peenestrom
mit den Gemeinden Buggenhagen, Krummin, Lütow, Sauzin und Zemitz
sowie den Städten Lissan und Wolgast**

Zur Wahlbekanntmachung vom 10.01.2024 ergeht eine Korrektur hinsichtlich der Anzahl der zu wählenden Mitglieder der Stadtvertretung in der Stadt Lissan (10 Mitglieder) sowie der Höchstzahl der im Wahlvorschlag zu benennenden Bewerberinnen bzw. Bewerber (15 Personen).

Nachfolgend die korrigierte Fassung:

Entsprechend der Bekanntmachung des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung vom 23.10.2023 zum Beschluss über den Wahltag für die Kommunalwahlen 2024 (AmtsBl. M-V 2023 S. 714) findet die Wahl der Gemeindevertretungen sowie der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister statt am

Sonntag, dem 9. Juni 2024

Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen

Gemäß § 14 LKWG M-V (Gesetz über die Wahlen im Land Mecklenburg-Vorpommern, Landes- und Kommunalwahlgesetz) vom 16. Dezember 2010 (GVOBl. M-V 2010 S. 690), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 03.12.2022 (GVOBl. M-V S. 586), fordere ich die nach § 15 Abs. 1 LKWG M-V vorschlagsberechtigten Parteien, Wählergruppen, Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber auf zur möglichst frühzeitigen **Einreichung von Wahlvorschlägen**

1. für die **Wahl der Gemeinde- bzw. Stadtvertretungen** der Gemeinden Buggenhagen, Krummin, Sauzin, Lütow und Zemitz sowie der Städte Lissan und Wolgast und
2. für die **Wahl der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeister** der Gemeinden Buggenhagen, Krummin, Sauzin, Lütow und Zemitz sowie der Stadt Lissan.

Für die Wahlvorschläge sind amtliche Formblätter zu verwenden, die von der Wahlleitung (Amt Am Peenestrom, Burgstraße 6, 17438 Wolgast) auf Anforderung kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Die Formblätter sind ebenfalls verfügbar auf der Internetseite www.wolgast.de/ unter Rathaus/ Wahlen oder auch bei der Landeswahlleitung unter dem Stichwort „Kommunalwahlen“ unter

www.laiv-mv.de/Wahlen/Formulare/

Auf die Einhaltung der Vorschriften u.a. zum Inhalt und zur Form der Wahlvorschläge sowie die Regelungen zu den persönlichen Voraussetzungen der Kandidatinnen und Kandidaten (§§ 4 bis 6, 7 Abs. 3, 15 bis 19, 62 und 66 LKWG M-V und der §§ 24 bis 26 LKWG M-V (Verordnung zum Wahlrecht und zu den Kosten der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Landes- und Kommunalwahlordnung) weise ich hin.

Das Wahlgebiet in den Gemeinden Buggenhagen, Krummin, Lütow, Sauzin und Zemitz sowie in den Städten Lissan und Wolgast bildet jeweils einen Wahlbereich.

Wahlvorschläge/ Einreichungsfrist

Wahlvorschläge zu Kommunalwahlen können eingereicht werden von politischen Parteien im Sinne des Artikels 21 des Grundgesetzes (**Partei**), von Wahlberechtigten, die sich zu einer Gruppe zusammenschließen (**Wählergruppe**), und von einzelnen Personen, die sich selbst als Bewerberin oder Bewerber vorschlagen (**Einzelbewerbung**).

Wahlvorschläge sind gemäß § 62 Abs. 4 LKWG M-V spätestens am 75. Tag vor der Wahl, d.h.

spätestens am 26.03.2024 bis spätestens 16.00 Uhr

schriftlich beim Wahlleiter, im Technischen Rathaus, Burgstr. 6, 17438 Wolgast einzureichen.

Wahlvorschläge, die verspätet eingegangen sind, hat der Wahlausschuss gemäß § 20 Abs. 3 LKWG M-V zurückzuweisen!

Wahlvorschläge sind nach Möglichkeit **so frühzeitig** vor dem letzten Tag der Einreichungsfrist (26. März 2024) **einzureichen, dass Mängel**, die die Gültigkeit der Wahlvorschläge betreffen, **rechtzeitig behoben werden können**.

Nach Ablauf des 73. Tages vor der Wahl (28. März 2024) können nur noch Mängel gültiger Wahlvorschläge behoben werden.

Jeder Wahlvorschlag einer Partei oder Wählergruppe muss deren Namen und, soweit vorhanden, deren Kurzbezeichnung oder Kennwort tragen.

Die Bewerberinnen und Bewerber einer Partei oder Wählergruppe werden in verbindlicher Reihenfolge in einer Mitglieder- oder Vertreterversammlung aufgestellt. Sie werden in geheimer schriftlicher Abstimmung mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt.

Hinsichtlich des Zustandekommens der Wahlvorschläge von Parteien und Wählergruppen wird ausdrücklich auf das in § 15 Abs. 4 LKWG M-V vorgeschriebene Verfahren verwiesen.

Als Bewerberin oder Bewerber einer Partei oder Wählergruppe kann nur benannt werden, wer die unwiderrufliche Zustimmung zur Benennung schriftlich erteilt hat.

Alle Personen, die sich auf dem Wahlvorschlag einer Partei bewerben, müssen Mitglieder dieser Partei oder parteilos sein.

Wer durch die Wahl eine Unvereinbarkeit von Amt und Mandat (§ 25 KV M-V – Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern) begründen würde, ist verpflichtet, dem Wahlvorschlag eine rechtlich nicht bindende Erklärung darüber beizufügen, welche Erklärung nach § 25 Abs. 4 Satz 1 KV M-V im Fall des Wahlerfolges beabsichtigt ist.

Der Wahlvorschlag einer Partei oder Wählergruppe muss von den für das Wahlgebiet nach ihrer Satzung zuständigen Vertretungsberechtigten, der Wahlvorschlag einer einzelnen Person muss von ihr selbst persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein.

Auf Anforderung hat eine Partei oder Wählergruppe der Wahlleitung ihre Satzung und einen Nachweis über die demokratische Wahl des Vorstandes zur Verfügung zu stellen.

In jedem Wahlvorschlag sind zwei Vertrauenspersonen zu bezeichnen. Eine Einzelbewerberin oder ein Einzelbewerber nimmt die Funktion der Vertrauensperson selbst wahr; eine weitere Vertrauensperson für die Einzelbewerbung kann, muss aber nicht benannt werden.

Soweit mit den Wahlunterlagen Bescheinigungen der Wählbarkeit einzureichen sind, dürfen diese am Tag der Einreichung nicht älter als drei Monate sein.

Für den Fall, dass eine zugelassene Person zwischen der Zulassung und dem Wahltag stirbt oder aber die Wählbarkeit verliert, wird auf § 19 Abs. 4 LKWG M-V hingewiesen.

Wahlvorschläge für die Wahl der Gemeinde- bzw. Stadtvertretungen sind mit den Formblättern der Anlage 4, für Bürgermeisterwahlen mit den Formblättern der Anlage 5 LKWO M-V einzureichen.

Alle amtlichen Formblätter werden auf Anforderung kostenfrei von der Wahlleitung (Wahlbüro, Burgstr. 6, 17438 Wolgast, Tel. 03836/ 251-124 bzw. 251-116, eMail wahlbuero@wolgast.de) zur Verfügung gestellt. Sie sind ebenfalls im Internet auf der Homepage der Landeswahlleitung unter www.laiv-mv.de/Wahlen/Formulare verfügbar.

Wahl der Gemeinde- bzw. Stadtvertretungen

Nach § 60 LKWG M-V sind

in der Gemeinde Buggenhagen	6 Mitglieder der Gemeindevertretung,
in der Gemeinde Krummin	6 Mitglieder der Gemeindevertretung,
in der Gemeinde Lütow	6 Mitglieder der Gemeindevertretung,
in der Gemeinde Sauzin	6 Mitglieder der Gemeindevertretung und
in der Gemeinde Zemitz	8 Mitglieder der Gemeindevertretung sowie
in der Stadt Lissan	10 Mitglieder der Stadtvertretung und
in der Stadt Wolgast	25 Mitglieder der Stadtvertretung

zu wählen.

In jedem Wahlvorschlag einer Partei oder einer Wählergruppe können mehrere Bewerberinnen und/oder Bewerber benannt werden, gemäß § 24 Abs. 4 LKWVO M-V höchstens jedoch	
in der Gemeinde Buggenhagen	11 Personen für die Gemeindevertretung,
in der Gemeinde Krummin	11 Personen für die Gemeindevertretung,
in der Gemeinde Lütow	11 Personen für die Gemeindevertretung,
in der Gemeinde Sauzin	11 Personen für die Gemeindevertretung und
in der Gemeinde Zemitz	13 Personen für die Gemeindevertretung sowie
in der Stadt Lassan	15 Personen für die Stadtvertretung und
in der Stadt Wolgast	30 Personen für die Stadtvertretung.

Jeder Wahlvorschlagsträger darf in jedem Wahlbereich jeweils einen Wahlvorschlag einreichen.

Verbindungen von Wahlvorschlägen oder gemeinsame Wahlvorschläge sind nicht zulässig.

Eine wahlberechtigte Person darf in mehreren Wahlvorschlägen eines Wahlgebietes benannt werden; wenn gleichzeitig Gemeindevertretungswahlen stattfinden, darf die gleiche Person für die Wahl der Gemeindevertretung und des Kreistages benannt werden.

Wahlvorschläge sind auf den Formblättern 4.1.1 bis 4.2 der Anlage 4 LKWVO M-V einzureichen.

Hinweis zur Unvereinbarkeit von Amt und Mandat

Nach § 25 Abs. 1 Satz 1 Nummer 1 KV M-V (Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern) dürfen Bedienstete der Gemeinde oder des Amtes, dem die Gemeinde angehört, nicht Mitglied der Gemeinde- bzw. Stadtvertretung sein. Diese Regelung findet nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts (Urteil vom 14.06.2017, Az 10 C 2.16) nur Anwendung für Angestellte und Beamte, wenn sie administrative Tätigkeiten verrichten und dadurch einen Einfluss auf die Verwaltungsführung ausüben, der zu Interessenkollisionen führen kann. Für von der Gemeinde bzw. Stadt beschäftigte Erzieher, Ärzte oder Pförtner, soweit sie neben ihrer fachlichen Tätigkeit nicht auch administrative Aufgaben (Aufstellung von Dienstplänen, Abschluss von Arbeitsverträgen, Aufgaben im Rahmen der Wirtschafts-/ Haushaltsführung oder Ähnliches) wahrnehmen, besteht danach keine Unvereinbarkeit mehr. Damit entfällt nach einer erfolgreichen Kandidatur die Notwendigkeit, sich zwischen der Ausübung des errungenen Mandats und der beruflichen Stellung entscheiden zu müssen.

Angestellte und Beamte können zwar gewählt werden, aber ihr Mandat nur wahrnehmen, wenn sie zuvor ihr Arbeitsverhältnis bei der Gemeinde bzw. der Stadt oder bei dem Amt beenden.

Wahl der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeister

Die Wahlvorschläge zu einer Bürgermeisterwahl werden für das Wahlgebiet aufgestellt und dürfen jeweils nur eine Person enthalten.

Mehrere Parteien und/oder Wählergruppen können einen gemeinsamen Wahlvorschlag abgeben. In diesem Fall muss die Kandidatin oder der Kandidat Mitglied einer dieser Parteien oder parteilos sein.

Jede Partei oder Wählergruppe darf sich nur an einem gemeinsamen Wahlvorschlag beteiligen.

Wahlvorschläge sind auf den Formblättern 5.1.1 bis 5.2 der Anlage 5 LKWVO M-V einzureichen.

Bürgermeisterkandidaten haben ein „Führungszeugnis zur Vorlage bei der Wahlbehörde“ zu beantragen, Erklärungen zu laufenden strafrechtlichen Ermittlungsverfahren und Disziplinarverfahren, zu Disziplinarmaßnahmen sowie zu Tätigkeiten für die Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik abzugeben und sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen.

Die notwendigen Bescheinigungen der Wählbarkeit dürfen am Tag der Einreichung nicht älter als drei Monate sein. Dies gilt auch für das Führungszeugnis.

Alle Personen, die sich bewerben und am 15. Januar 1990 das 18. Lebensjahr bereits vollendet hatten, haben schriftlich zu erklären, ob sie eine Tätigkeit für die Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik ausgeübt haben. Es steht ihnen frei, eine Begründung dazu abzugeben.

Wahlberechtigung und Wählbarkeit von Deutschen

Wahlberechtigt zu Kommunalwahlen sind alle Deutschen nach Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes und alle Staatsangehörigen der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (Unionsbürger), die am Wahltag

- das 16. Lebensjahr vollendet haben,

- seit mindestens 37 Tagen in der Kommune nach dem Melderegister ihre Wohnung, bei mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung haben oder sich, ohne eine Wohnung zu haben, sonst gewöhnlich dort aufhalten,
- nicht nach § 5 LKWG M-V vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten im Wahlgebiet nach dem Melderegister ihre Wohnung, bei mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung haben oder sich, ohne eine Wohnung zu haben, sonst gewöhnlich dort aufhalten.

Nicht wählbar ist, wer aufgrund einer rechtskräftigen Verurteilung durch ein deutsches Gericht die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden und Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, nicht besitzt.

Wahlberechtigung und Wählbarkeit von Unionsbürgern

Unionsbürger sind für Kommunalwahlen nach den für Deutsche geltenden Voraussetzungen wahlberechtigt und werden in das Wählerverzeichnis eingetragen.

Wahlberechtigte Unionsbürger, die nach § 23 des Landesmeldegesetzes von der Meldepflicht befreit sind, werden in das Wählerverzeichnis auf Antrag eingetragen, wenn sie bis spätestens zum 17.05.2024 (23. Tag vor der Wahl) nachweisen, dass sie mindestens seit dem 03.05.2024 (am Wahltag seit mindestens 37 Tagen) im Wahlgebiet ihre Wohnung, bei mehreren Wohnungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland im Wahlgebiet ihre Hauptwohnung haben.

Staatsangehörige der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, die nicht Deutsche sind (Unionsbürger), die bei Kommunalwahlen kandidieren wollen, müssen die für Deutsche geltenden Wählbarkeitsvoraussetzungen erfüllen und dürfen darüber hinaus nicht in ihrem Herkunftsmitgliedstaat aufgrund einer zivil- oder strafrechtlichen Einzelfallentscheidung von der Wählbarkeit ausgeschlossen sein. Sie haben ihrer Zustimmungserklärung (Formblatt 4.1.3 oder 5.1.3 LKWO M-V) oder ihrem Wahlvorschlag als Einzelbewerbung (Formblatt 4.2 oder 5.2 LKWO M-V) eine Versicherung an Eides statt über ihre Wählbarkeit im Herkunftsstaat beizufügen (Formblatt der Anlage 6 LKWO M-V).

Die Wahlleitung ist die zur Abnahme der vorgesehenen Versicherungen an Eides statt zuständige Behörde im Sinne des § 156 des Strafgesetzbuches.

Wolgast, 29.01.2024

gez. R. Fischer
Gemeindewahlleiter